

i) Ausführungsfristen

- Beginn der Ausführung:
- Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:
- weitere Fristen

j) Nebenangebote

- zugelassen
- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
- nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

- zugelassen
- nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

Online-Plattform

"DTVP"

(<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEYTP492PVL/documents>)

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

- Abgabe Verschwiegenheitserklärung
- andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- nachgefordert
- teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:
- nicht nachgefordert

Auskunftserteilung über Vergabeunterlagen **11.05.2026**

und Anschreiben bis

o) Ablauf der Angebotsfrist am **11.05.2026 um 11:00 Uhr**

Ablauf der Bindefrist: am **08.09.2026**

p) Adresse für elektronische Angebote

"DTVP" (<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEYTP492PVL>)

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst **Deutsch;**
sein müssen:

r) Zuschlagskriterien **Niedrigster Preis**

s) Eröffnungstermin am **11.05.2026 um 11:00 Uhr**

- Ort Vergabestelle der GSI
- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen 2 Mitarbeiter*Innen des Einkaufs
- t) **geforderte Sicherheiten** Siehe Vergabeunterlagen
- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind** Siehe Vergabeunterlagen
- v) **Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften**
- w) **Beurteilung zur Eignung**
- Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
- Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmern präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
- Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmern) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
- Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich
 Online auf "DTVP" (<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEYTP492PVL/documents>)
 oder
 Vergabestelle, siehe a)
- Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:
- Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen
- Bedingung an die Auftragsausführung
- Eigenerklärung MiLoG (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG).
- Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer
- Eignung durch Präqualifikation nachgewiesen oder gem. Formblatt VVB124 (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Die Eignung wird durch Präqualifikation nachgewiesen oder gem. den auf Formblatt VVB124 geforderten Unterlagen; gem. Formblatt VVB124 haben nicht präqualifizierte Bieter nach Aufforderung innerhalb von 6 KT die geforderten Unterlagen bei der Vergabestelle einzureichen, insbesondere:

- Vorlage Gewerbeanmeldung
- Vorlage Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Vorlage Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen
- Freistellungsbescheinigung nach §48b EStG
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Nachweis Betriebshaftpflichtversicherung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Es ist eine Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen mit folgenden Deckungssummen:
 - für Sachschäden in Höhe von 3,0 Mio EUR pro Schadensfall
 - für Personenschäden in Höhe von 3,0 Mio EUR pro Schadensfall
 - Sonstige Schäden in Höhe von 3,0 Mio EUR pro Schadensfall
- *****
- Unternehmensdarstellung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Angabe der auf dem GSI Formblatt abgefragten Daten, u.a. Anzahl der Mitarbeiter in den letzten drei Jahren: Angaben zur Anzahl der jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte in den letzten drei Geschäftsjahren, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem Leitungspersonal; Alle Qualifikationsnachweise des vorgesehenen Fachpersonals, sowie ggfs. Schulungsnachweise, Erfahrungsnachweise, sind dem auszufüllenden GSI-Formblatt-Eignung in Kopie beizufügen. Wird das geforderte Fachpersonal über Nachunternehmer nachgewiesen, dann ist von den eingesetzten Nachunternehmern jeweils eine Verfügbarkeitserklärung (Formblatt Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen) dem Angebot beizufügen (Eignungsleihe!).
- *****

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- Nachweise Nachunternehmer (VOB/A) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Jeder beabsichtigte einzusetzende Nachunternehmer ist mit Angebotsabgabe namentlich einschließlich der Adressdaten zu benennen. Nachunternehmer müssen präqualifiziert sein, oder Ihre Eignung zur Zuverlässigkeit gem. Formblatt VVB-124 nachweisen. Bedient sich ein Bieter im Rahmen der Eignungsleihe eines Nachunternehmers, dann ist der die Eignungsleihe betreffende Nachweis jeweils nur von dem Nachunternehmer vorzulegen. Der Bieter hat dann den Nachweis zu führen, dass das für die Eignungsleihe eingesetzte Unternehmen für die Ausführung zur Verfügung steht (Abgabe des Formblattes Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen).
- *****
- Vorlage Urkalkulation: Auf Verlangen der Vergabestelle ist nach Submission vor Zuschlagserteilung eine vollständige Urkalkulation unverzüglich einzureichen. Die Urkalkulation muss vom Bieter zur Öffnung durch den Auftraggeber (GSI) freigegeben werden und darf nicht mit einem Sperrvermerk oder Siegel versehen werden. Sollten Unstimmigkeiten zwischen der Urkalkulation und den mit dem Angebot einzureichenden Preis-Formblättern festgestellt werden, sind diese aufzuklären. Sofern Unstimmigkeiten nicht plausibel aufgeklärt werden können, wird das Angebot ausgeschlossen. Angeforderte Urkalkulationen von nicht erfolgreichen Bietern, werden nach endgültiger Vergabe-Entscheidung in wieder verschlossenem Umschlag an die Bieter zurück gesendet bzw. bei digitaler Übermittlung gelöscht.
- *****

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

- Mitarbeiter-Qualifikationen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Nachweise zur Qualifikation und Berufserfahrung der zur Ausführung der Leistung eingesetzten Mitarbeiter

sind dem Angebot beizufügen. Die zur Ausführung eingesetzten Arbeiter müssen mind. eine Berufsabschlussprüfung zu dem hier ausgeschriebenen Gewerk nachweisen (hier: für die Container-Bauarbeiten muss für das vor Ort eingesetzte Team entsprechend geeignete Handwerker-Ausbildung nachgewiesen werden). Baustellenleiter od. Vorarbeiter müssen höherwertigere Qualifikationen nachweisen (wie z. B. Polierprüfung, Meister, Techniker, etc.).

Sonstige Unterlagen

- Einhaltung Fertigstellungsfristen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Die gem. Vertrag vorgegebene Fertigstellungsfrist ist zwingend einzuhalten. Auf Anforderung der Vergabestelle ist ein plausibles Konzept abzugeben, wie dies erreicht wird. Sofern die Einhaltung der Fertigstellungsfrist nicht plausibel nachgewiesen und bestätigt werden kann, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

- Vorlage von Produktbeschreibungen und Herstellernachweisen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Auf Verlangen der Vergabestelle sind nach Submission die im Leistungsverzeichnis geforderten Produktbeschreibungen und Herstellernachweise einzureichen.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Name

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Fax

E-Mail

Internet

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die Vergabepattform DTVP. Sämtliche Vergabeunterlagen werden auf dem DTVP zum Download bereit gestellt.

Es ist ein vollständig bepreistes Angebot in einer unveränderlichen PDF-Version und zusätzlich nach Möglichkeit eine GAEB-Format Version des Angebotes mit hoch zu laden.

Der veröffentlichte VOB-Einheitspreisvertrag ist vom Bieter unterzeichnet zusammen mit dem Angebot einzureichen.

HINWEIS zur elektronischen Rechnungsstellung:

Akzeptiert wird das X-Rechnungsformat mit zusätzlicher Übersendung der Rechnung als -pdf-Datei.

Zuständige Stelle für Rechtsbehelfe, sonstige Hinweise

Ein Vergabenachprüfungsverfahren steht für Vergaben unterhalb der Schwellen-werte nicht zur Verfügung, lediglich der allgemeine gerichtliche Rechtsschutz durch einen Eilantrag oder eine Klage. Das zuständige Zivilgericht ist - je nach Streitwert

§ 3 ZPO - das folgende:

Amtsgericht Darmstadt Mathildenplatz 12

64283 Darmstadt

Postanschrift:

Postfach 11 09 51

64224 Darmstadt

Tel.: 06151/9920

Fax: 06151/9925050

E- Mail: redaktion@ag-darmstadt.jus-tiz.hessen.de

Internet: <http://www.ag-darm-stadt.justiz.hessen.de>

Landgericht Darmstadt Mathildenplatz 13/15

64283 Darmstadt

Postanschrift:

64278 Darmstadt

Tel.: 06151/121

Fax: 06151/125917

E-Mail: verwaltung@lg-darmstadt.jus-tiz.hessen.de

Internet: <http://www.ag-darm-stadt.justiz.hessen.de>

Auch wenn die formelle Rügepflicht nach § 107 GWB nur für Verfahren oberhalb der Schwellenwerte gilt, sind die Bewerber bzw. Bieter aufgefordert, sich wegen aus ihrer Sicht bestehender Verstöße gegen die vergaberechtlichen Grundsätze von Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung vor Einleitung gerichtlicher Verfahren an die GSI zu wenden.
